

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonnabends: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechsgelapene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigelapene Kettzeile (60 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Herausgeber Hans Särden, Baruth (Mark).
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särden, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 217. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgedruckten Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 138 Sonnabend, den 18. November 1933

Deutschlands Friedenspolitik. Stimmungsumschwung in Paris.

Die außenpolitische Kühnheit und Friedenspolitik der deutschen Regierung nach dem beispiellosen Wahlerfolg am 12. November findet überall in diplomatischen Kreisen der europäischen Hauptstädte die stärkste Beachtung. Das Erstreckte dabei ist, daß sich der Beweis der deutschen Einigkeit dahin auswirkt, daß man nirgends mehr, wie früher, von vornherein die kalte Schulter zeigt. Es macht sich unverkennbar ein Stimmungsumschwung bemerkbar.
Die französische Öffentlichkeit steht noch zu stark unter dem ersten unmittelbaren Eindruck der Ereignisse, als daß sie sich bereits heute zu einer einigermaßen einheitlichen Auffassung durchgerungen hätte. Inzwischen scheint es, daß trotz Aufbegehrens einiger Blätter die Auffassung sich Bahn zu brechen beginnt, daß das neue Deutschland von einem aufrichtigen Friedenswillen befeuert ist und daß Frankreich Unrecht täte, von vornherein jede Aussprache abzulehnen. Der Eindruck, den die in Deutschland weilenden Korrespondenten und Sonderberichterstatter gewinnen, ist unzweifelhaft der, daß der Wille Deutschlands nach einer Annäherung Frankreichs größer ist als je seit dem Abschluß des Versailler Vertrages.

Hitlers Schritt ist die konsequente Durchführung der bereits in seiner Rede vom 17. Mai angedeuteten Möglichkeit des Verjüchs einer deutsch-polnischen Verständigung. Auf der anderen Seite ist in der deutschen Erklärung über den Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz ausdrücklich auf die Möglichkeit des Abschlusses von Nichtangriffspatzen verwiesen worden. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen liegen also völlig im Rahmen des vom Reichstanzler beauftragten außenpolitischen Programms der Reichsregierung, das durch die Abstimmung vom 12. November die Billigung des ganzen deutschen Volkes erhalten hat.
Wenn die französische Presse an diese Verhandlungen einige Bemerkungen anknüpft, die dazu bestimmt zu sein scheinen, eine weniger freundliche Stimmung zu schaffen, so ist es zu sagen, daß Frankreich sich ein Vorbild daran nehmen könnte, wie man international in direkte Verhandlungen eintritt, ohne erst viele Voraussetzungen und Vorbehalte für Verhandlungen zu machen und schließlich vor lauter Bedenkllichkeiten überhaupt nicht zum Verhandeln kommt. Es können jetzt auf Grund der Versprechungen vor allem

Außenpolitische Wochenschau.

Ein Stoß gegen das französische Einkreisungssystem. — Eine neue Epoche italienischer Kolonialpolitik? — Rumänien bleibt im Schlepptau Frankreichs.
Die deutsch-polnische Aussprache, die mit dem Besuch des neuen polnischen Gesandten in Berlin, Lipiński, in ein bedeutungsvolles Stadium getreten zu sein scheint, würde einen großen Fortschritt in der deutsch-polnischen Verständigung bedeuten, wenn es zu einem Nichtangriffspakt kommen sollte, von dem man bereits spricht. Aber seine Auswirkung würde noch viel größere Kreise ziehen, die man in Paris bereits zu erkennen scheint. Hier hat die Aussprache zunächst wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen. Obwohl die Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau seit langem im Gange sind, glaubte doch niemand an die Möglichkeit ernsthafter Vereinbarungen. Aber nicht nur für das Publikum, auch für die maßgebenden politischen Kreise scheint das Abkommen eine völlige Ueberdrehung zu sein, hat doch erst der Ministerpräsident Sarcaut öffentlich erklärt, daß Frankreich aus Rücksicht auf seine Freunde und Verbündeten nicht in Sonderverhandlungen mit Deutschland eintreten könne. Zu der Ueberdrehung gefügt sich daher eine unverhoffte Verbitterung über Polen, das Wien nach, sich aus der Vormundhaft Frankreichs zu befreien. Bisherlich würden die Kleinlichen Versuche, das Ergebnis in seiner Bedeutung dadurch abzuwachen, daß man die Polen gegen die Politik ihrer eigenen Regierung aufhebt. Wenn der Saas-Bertrater in Warschau behauptet, daß die polnisch-deutschen Nichtangriffserklärungen absehlich während eines Umfangs manövers bekanntgegeben worden seien, und wenn er die Frage stellt, ob Deutschland auf die im Herzen deutsche Stadt Danzig verzichte und Polen den unangefochtenen Besitz von Oberschlesien und Westpreußen garantiere, so ist die Absicht dabei allzu deutlich erkennbar. Im gleichen Geiste sind auch die übrigen Kommentare gehalten. Überall wird Deutschland verdächtigt, Polen übers Ohr hauen zu wollen, und behauptet, es habe ernstlich Polen gar nichts anzubieten. — In Gesprächen unter vier Augen lassen indessen die Franzosen sehr wohl erkennen, daß sie die Tragweite des deutsch-polnischen Abkommens begriffen haben. Es liegt für Frankreich nicht so sehr in dem, was zwischen Polen und Deutschland vereinbart werden wird und in dem Verzicht der beiden Vertragschließenden auf Gewaltanwendung, als in der Tatsache, daß Polen, ohne Frankreich zu fragen und ohne auch nur die Hinzuziehung eines französischen Vertreters zu verlangen, seine Angelegenheiten in die eigene Hand genommen hat. — Da man auch von der tschechischen Regierung ein ähnliches Vorgehen erwartet, ist eines der stärksten Argumente der französischen Politik gegen eine direkte Verständigung mit Deutschland hinfällig geworden: die Rücksicht auf die Verbündeten. Das französische Einkreisungssystem gegen Deutschland hat einen starken Stoß bekommen.

zuzüglich die Minderheitenfragen, die verschiedenen oberflächlichen Probleme und die wirtschaftlichen Fragen behandelt werden.
Eine englische Stimme bemerkt, daß man die deutsch-polnischen Fragen in Berlin nicht als unlösbar ansehen, vorausgesetzt, daß Polen nicht zu einem Widerstand durch Frankreich ermutigt werde. Polen könne vielleicht zu einer Aufgabe des Korridors bewegen werden, wenn man ihm dafür Freiheiten in Danzig und Gdingen oder in Vitauen sowie Eisenbahndurchgangsmöglichkeiten durch Ostpreußen und eine Internationalisierung der Weichsel zugestehen würde.
Im Donnerstag wurde das deutsch-polnische Zollprotokoll, das am 15. November erloschen ist, neuerdings bis zum 30. November verlängert.

Merkwürdig ist den Franzosen der Schwere über die deutsch-polnische Aussprache in die Glieder gefahren. Sie begreifen es noch nicht, daß sich in der Besprechung Hitlers mit dem neuen polnischen Gesandten über die deutsch-polnischen Beziehungen die volle Uebereinstimmung beider Regierungen in der Absicht ergeben hat, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen, ferner zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.
Die polnische Regierung hat durch einen Kommentar in der halbamtlichen „Gazeta Polska“ ausgeführt, die jegliche Erklärung sei eine feierliche Versicherung beider Staaten, daß sie derartige Verwicklungen in keinem Fall herbeiführen würden. Der Verzicht auf den Angriff zwischen Nachbarn sei stets ein Akt von großer Bedeutung.

Wieder Abrüstungskonferenz?

Wiederbelebungsversuche in London und Genf.

England versucht, die Abrüstungskonferenz wieder flottzumachen.
Die Entwicklung der Abrüstungsfrage beginnt ins Bisherige abzugleiten. Die Verlegenheit der Abrüstungsstaaten verleiht sie zu fast grotesken Verjüchen, die Abrüstungskonferenz wieder ins Leben zurückzurufen.
Das englische Kabinett hat zwei Beratungen über die Abrüstungsfrage abgehalten und nach allen vorliegenden Meldungen der englischen Presse über den Abschluß der Verhandlungen, der erst nach Mitternacht erfolgte, sich zum mindesten über einen Punkt geeinigt:
England wird sich nicht an dem französischen Versuch zur Wiederbelebend der Abrüstungskonferenz in Genf beteiligen.
Offenbar hat der englische Außenminister Sir John Simon die Absicht gehabt, nach Paris zu fahren, um dort mit dem französischen Ministerpräsidenten und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, über die Fortführung der Abrüstungskonferenz in Genf zu verhandeln. Diese Absicht ist vom englischen Kabinett nicht gebilligt worden. Alle Berichte der englischen Zeitungen stimmen darin überein, daß eine scharfe Kritik an dem Verhalten des englischen Außenministers in Genf geübt worden ist.
Ueber die weiteren Absichten des englischen Kabinetts gehen die Meldungen auseinander. Es wird teils behauptet, daß die englische Regierung direkte Verhandlungen mit Deutschland führen wolle, teils, daß sie eine Konferenz der Großmächte vorschlagen wolle, teils, daß die englische Regierung überhaupt nicht die Absicht habe, weitere Schritte in der Abrüstungsfrage zu unternehmen. Dabei soll MacDonald nach verschiedenen Meldungen für diplomatische Verhandlungen zwischen den Großmächten eingetreten sein. Man war sich aber im allgemeinen im Kabinett darüber einig, daß man Deutschland nicht etwa durch weitere Abrüstungsmanöver in Genf reizt würde, nachdem der Reichstanzler Adolf Hitler den gewaltigen Erfolg der Volksabstimmung erreicht hat.
Der englische Außenminister Sir John Simon und Unterstaatssekretär Eden werden nach Genf fahren, um mit Henderson und, wie man ermittelte, auch mit anderen

daran interessierten Delegierten die Absicht für eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz zu vertreten. — Wie aus Kreisen des Bonner Auswärtigen Amtes verlautet, wird bei den Bonner Genfer Besprechungen auch der Vorschlag einer Zusammenkunft der Signatarstaaten des Viermächtepaktens in Rom wahrscheinlich erörtert werden. Dabei werde die englische Regierung, unabhängig von dem Ausgang dieser Wiederbelebungsversuche, der Abrüstungsverhandlungen, an dem britischen Konventionensentwurf als einer Grundlage für alle zukünftigen Arbeiten festhalten.
Während sich das englische Kabinett mit der Abrüstungsfrage befaßt, hat der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, an alle Regierungen, auch an die deutsche Regierung, ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, daß der Vizepräsident Benesch und der Berichterstatter Politis nicht weiterarbeiten wollten, ehe sie in Genf nicht mit den Außenministern verhandeln könnten. Henderson hat bei den Regierungen angefragt, wie sie sich die Weiterführung der Abrüstungskonferenz denken.

Unternehmungsgeist wird man den Italienern unter Führung Mussolinis nicht gut abprechen können! Sehr stark machen sich da zur Zeit Bestrebungen geltend, die diese Vereinfachung zur Tat, zu entschlossenem Handeln, in eine ganz bestimmte Richtung drängen und an altrömische Ueberlieferung anknüpfen wollen. Das bedeutet den Blick über See, übers Mittelmeer, und das Bestreben, den nordafrikanischen Besitz noch fester einzugliedern und ihn möglichst weiter abzuräumen. Ein zutreffendes Wort, daß Italiens nordafrikanische Kolonien — unter ihnen besonders Libyen — seit einiger Zeit mit dem Scheinwerfer des großen allgemeinen Interesses beleuchtet werden! Ein wenig hat das Interesse geschwunden, seit man in Rom im September 1911 um dies Land mit der Türkei den Krieg vom Zaun brach und auf diese Weise sich eine selbständige italienische Kolonie in Nordafrika sicherte. Libyen ist ein für landwirtschaftliche Bestiedelung sehr geeignetes Riesengebiet, das nur der willensstarke Führung durch einen tatkräftigen Mann harzt, der das Land wieder der hohen Blüte zuführen könnte, die es im römischen Altertum auszeichnete. Dieser tatkräftige Mann ist jetzt am Werke! Es ist ein Mann, der nicht nur die persönliche Freundschaft Mussolinis, sondern durch seine bisherigen Leistungen für Italiens Flugwesen auch die Zuneigung des gesamten italienischen Volkes genießt — es ist Italo Balbo. Dieser Bannerträger für den Ruhm der italienischen Luftfahrt soll jetzt scheitern, ganz wie zu den Zeiten der altrömischen Vorfahren, für Italien weiteren Landbesitz in Nordafrika erwerben. Nur so ist sein Rücktritt als Luftfahrtminister und seine Ernennung zum Generalgouverneur von Libyen zu verstehen. Balbo wird in Tripolis um Arbeit nicht verlegen sein. Man denke nur an die eine Ladung, daß die „Sandkiste“ jetzt noch eine besondere Bedeutung dadurch gewonnen hat, daß sie zu einem äußerst wichtigen Lotterienpfeil wurde.



Generalinspektor des Sanitätswesens der SA und SS wurde Sanitäts-Obergruppenführer Dr. Sodenfen.

Der Kriegsausgang schuf in Rumänien einen neuen Großstaat von etwa 18 Millionen Einwohnern, in den auch einige Millionen guter Auslandsdeutscher eingeschlossen sind. Die Außenpolitik des Gegenwartsstaates aber nimmt auf diese Tatsache nicht die geringste Rücksicht, sie bewegt sich — mag die Politik nun, wie bisher, von der Bauernpartei oder, wie neuerdings, von den Liberalen gemacht werden — auf